

Wichtige Wahlen in Frankreich und Schleswig-Holstein

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich bin ich vorsichtig optimistisch, dass die Gegner eines vereinten Europas im Mai eine Niederlage erleiden werden. Ein Sieg Emmanuel Macrons im zweiten entscheidenden Wahlgang wäre eine gute Nachricht für die europäische Idee. Denn der von der Rechtspopulistin Marine Le Pen propagierte nationale Egoismus ist eine fundamentale Bedrohung für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Es gilt, eine Spaltung Europas zu verhindern! Gemeinsam müssen die



DGB-1.Mai-Demo in Bargtheide

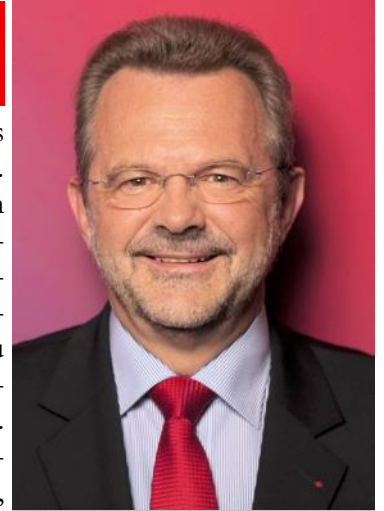
dringenden Herausforderungen, wie Jugendarbeitslosigkeit, Flüchtlingsfragen, innere wie äußere Sicherheit und Fortentwicklung der EU angegangen werden. Dies gilt insbesondere für die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens. Nur wenn die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten geschlossen agieren, bleiben die Interessen der Bürger der EU gewahrt. Das Referendum in der Türkei macht deutlich, dass sich Demokratien auch zurückentwickeln können. Wer die Bindung an die Rechtsstaatlichkeit aufgibt, setzt die Demokratie aufs Spiel und zerstört nachhaltig das Vertrauen der Bürger in das Gemeinwesen.

Es sind nur noch fünf Tage bis zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Die letzten Umfragen sollten uns nicht unruhig machen, sondern dazu führen, dass wir jetzt noch einen kräftigen Zahn zulegen. Die SPD-geführte Koalition hat gute Arbeit geleistet und wir wollen sie mit Ministerpräsident Torsten Albig fortsetzen. Damit es tatsächlich so kommt, muss weiter um jede Stimme gekämpft und für eine starke SPD geworben werden. An den Infoständen, bei Hausbesuchen, in Gesprächen mit Nachbarn, am Arbeitsplatz im Freun-

des- und Bekanntenkreis sowie in Veranstaltungen. Gemeinsam mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten haben wir einen engagierten Wahlkampf absolviert, jetzt gilt es, alles zu mobilisieren für den Endspurt bis zum 7. Mai 2017. Wenn es uns gelingt ein gutes Ergebnis einzufahren, wird das auch den Genossinnen und Genossen in Nordrhein-Westfalen für ihre Wahl am 14. Mai 2017 helfen. Als Ansporn dient dabei auch das Ziel, dass die AfD den Einzug in das Landesparlament verpasst. Denn nicht erst beim Bundesparteitag in Köln hat die sogenannte Alternative ihren antidemokratischen Kern gezeigt. Die Wiederwahl der beiden SPD-geführten Landesregierungen wäre damit auch ein starkes Signal für die Demokratie vor der Bundestagswahl am 24. September bis hin zu den Kommunalwahlen 2018.

Stärken wir unsere Demokratie! Stärken wir die Sozialdemokratie! Schaffen wir gute Voraussetzungen für SPD-geführte Regierungen in Kiel, Düsseldorf und im Bund. Leisten wir unseren Teil, damit nach Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen im September 2017 Deutschland mit Martin Schulz einen neuen Bundeskanzler und eine gerechtere Zukunft bekommt. Sorgen wir dafür, dass und Kandidatinnen und Kandidaten Susanne Danhier, Katrin Fedrowitz, Cordula Schultz, Stefan Weber und Alexander Wagner unsere Region in Land und Bund gut vertreten können. Zeigen wir, was der echte Norden kann!

Bester Gruß
Euer



Franz Thönnies MdB

IN DIESER AUSGABE

Berlin

- 2 Kinderbetreuung verbessert
- 2 Cybersicherheit stärken
- 2 Gewalt gegen Frauen bekämpfen
- 2 Girls'Day 2017
- 3 Schüler aus Bargtheide zu Gast

Thönnies Unterwegs

- 4 Berlin - Darmstadt - Ammersbek - Wahlstedt - Bad Segeberg - etc.

Wahlkreis

- 6 Sozialwahl 2017
- 6 Deutscher Bürgerpreis 2017

Impressum

- 6 Impressum

SPD schafft mehr Plätze und verbessert die Qualität bei der Kinderbetreuung

Ein gutes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter ist ein wichtiger Grundstein für gleiche Start- und Bildungschancen. Gleichzeitig ermöglicht es den Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich daher in den vergangenen Jahren mit Erfolg dafür eingesetzt, dass der Bund die Länder finanziell unterstützt, die benötigte Betreuungsinfrastruktur bereitzustellen: In dieser Legislaturperiode fördert der Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 550 Millionen Euro. Zudem erhalten die Länder die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werdenden rund zwei Milliarden Euro bis 2018 für diesen Zweck.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion und Familienministerin Manuela Schwesig ist jetzt in der letzten Sitzungswoche im Bundestag gesetzlich entschieden worden, dass der Bund bis 2020 nochmals gut 1,1 Milliarden Euro in den Ausbau von Kinderbetreuung investiert. Nach Schleswig-Holstein gehen davon 37,3 Mio. €. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen schaffen wir damit 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren. Mit diesen Mitteln wird erstmalig auch die Betreuung von Kindern über drei Jahren bis zum Schuleintritt gefördert. Wir verbessern zudem gezielt die Qualität der Angebote, z. B. durch bessere Gesundheitsversorgung und Bewegungsförderung.

Cybersicherheit stärken

Der Deutsche Bundestag beriet in dieser Sitzungswoche abschließend einen Gesetzentwurf, der die fristgerechte nationale Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit zum Ziel hat. Mit der EU-Richtlinie soll die länderübergreifende Cybersicherheit gestärkt werden. Das nationale Umsetzungsgesetz ergänzt das im Juli 2015 in Kraft getretene IT-Sicherheitsgesetz. Der in dieser Sitzungswoche zur Beratung vorliegende Gesetzentwurf sieht u.a. vor, eine Rechtsgrundlage für den Einsatz so genannter Mobiler Incident Response Teams („MIRTs“) zu schaffen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik soll zudem zukünftig die Verwaltung und Betreiber kritischer Infrastrukturen auf deren Ersuchen hin bei herausgehobenen Sicherheitsvorfällen unterstützen können.



Gewalt gegen Frauen bekämpfen

In erster Lesung diskutierte der Deutsche Bundestag einen Gesetzentwurf mit dem die Voraussetzungen zur Ratifizierung der Istanbul-Konvention erfüllt werden. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention) dient dem Schutz von Frauen vor allen Formen der Gewalt. Sie kennzeichnet Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung und als geschlechtsspezifische Diskriminierung. Die 81 Artikel der Konvention definieren im Einzelnen die politischen und rechtlichen Maßnahmen, welche die Mitgliedstaaten ergreifen müssen, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Außerdem wird eine unabhängige Gruppe von Expertinnen und Experten eingesetzt, die überprüfen und berichten, ob die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen aus dem Übereinkommen nachkommen.

Thönnnes lud Schülerin aus Bad Oldesloe zum Girls' Day 2017 ein

Paula Kratz von der Theodor-Mommsen-Schule in Bad Oldesloe nahm auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes an dem Programm der SPD-Bundestagsfraktion zum Girls' Day 2017 am 26. und 27. April in Berlin teil. Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik nutzten die Gelegenheit, um den Politikbetrieb hautnah miterleben und einen Eindruck von dem vielfältigen Beruf zu gewinnen.

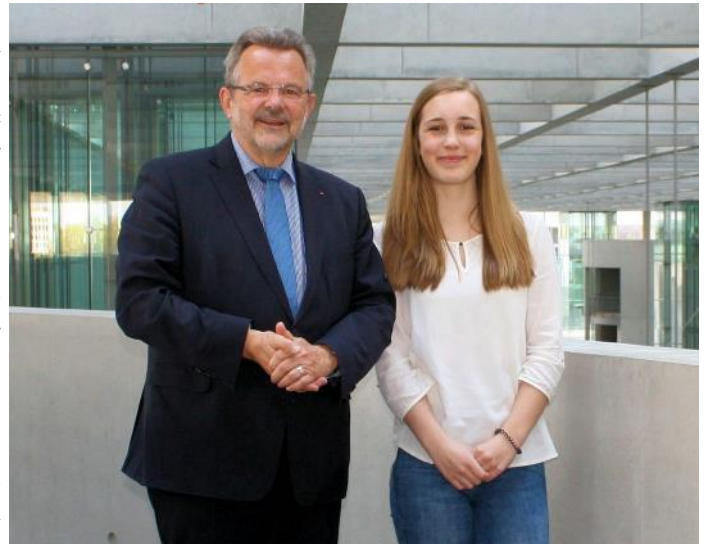
Am ersten Tag erhielten die Teilnehmerinnen eine Führung durch das Reichstagsgebäude mit Informationen über die Geschichte und die heutige Arbeit des Deutschen Bundestages dort. Der Abend galt dem gegenseitigen Kennenlernen.

Der 27. April begann bereits um 8 Uhr. Im Rahmen eines parlamentarischen Arbeits-frühstücks begrüßte die Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Petra Ernst-berger die jungen Frauen im Parlament. Zusammen mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Carola Reimann informierte sie über die Arbeit und die täglichen Abläufe in der SPD-Bundestagsfraktion. Später kamen weitere SPD-Parlamentarierinnen hinzu und diskutierten mit den „Nachwuchspolitikerinnen“ über ihre Tätigkeit, notwendige Qualifikationen und die Rah-

menbedingungen für die Abgeordnetentätigkeit. Danach traf die 15-jährige Schülerin Franz Thönnnes in seinem Abgeordnetenbüro zu einem kurzen Meinungsaustausch, bevor sie von der Besuchertribüne aus, eine Plenarsitzung im Deutschen Bundestag zur gesetzlichen Alterssicherung verfolgte. Nach der Mittagspause simulierten die Teilnehmerinnen beim Planspiel „PolitikParcours“ die parlamentarische Behandlung eines Bundestags-Antrages durch die Gesetzgebung am Beispiel des Themas „Wählen ab 16“. Der Tag endete mit der Zugrückfahrt in den Norden

„Ich bin bei den Jusos Stormarn politisch aktiv. Mitsprache finde ich wichtig, deshalb werde ich mich auch weiterhin engagieren. Besonders gefällt mir, dass sich hier Politiker und Schülerinnen direkt über interessante Themen austauschen“, so Paula Kratz. Thönnnes: „Seit Jahren beteilige ich mich am Girls' Day, weil ich der Überzeugung bin, dass wir in der Politik mehr Frauen, wie überhaupt mehr jüngere Interessenten brauchen. Deshalb würde es mich freuen, wenn Paula ihr Interesse bewahrt und sie später vielleicht sogar mal ein Wahlmandat auf die eine oder andere politische Ebene bringt.“

Der „Girls' Day – Mädchenzukunftstag“ ist das größte Berufsorientierungsprojekt für Schülerinnen weltweit. Er leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit in der Ausbildung und im Erwerbsleben, weil junge Frauen ermutigt werden, ihren Beruf aus einem breiten Angebot auszuwählen. Die SPD-Bundestagsfraktion beteiligt sich seit 2001 an dem Projekt.



Gemeinsam mit Paula Kratz im Paul-Löbe-Haus

Schulklasse aus Bargteheide zu Gast bei Franz Thönnnes in Berlin



Zusammen mit einer Klasse des 9. Jahrgangs der Anne-Frank-Schule in Bargteheide

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes besuchten 26 Schülerinnen und Schüler vom 9. Jahrgang der Anne-Frank-Schule in Bargteheide am 26. April 2017 den Deutschen Bundestag.

Nachdem sie den Ausblick von der Kuppel des Reichstagsgebäudes über die Bundeshauptstadt genossen hatten, kamen sie im Paul-Löbe-Haus mit dem SPD-Außenpolitiker zu einem einstündigen Gespräch zusammen.

Die Gäste nutzten die Gelegenheit, um den Bundestagsabgeordneten ausgiebig zu befragen. Dabei interessierten sich die Jugendlichen neben den Arbeitszeiten und dem Einkommen der Parlamentarier auch für die Abstimmung mit den Interessen der Familie sowie den Umgang der Abgeordneten über die Parteigrenzen hinaus. Fragen der Entwicklung der Demokratie bis hin zum selbstkritischen Überdenken von getroffenen politischen Entscheidungen gehörten ebenso dazu.

Zum Ende des Gesprächs dankte der SPD-Abgeordnete seinen jungen Gästen für die anregende Diskussion und appellierte an sie sich politisch in Parteien, Vereinen und Verbänden zu engagieren: „Die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie ist viel-mehr vergleichbar mit einer Pflanze, die regelmäßig des frischen Wassers bedarf, um zu gedeihen. Einzig das politische aktive Mitwirken kann sicherstellen, dass sie nicht verwelkt. Das ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft und damit auch der jüngeren Generationen, wenn frische und neue Kraft in allen Parteien benötigt wird“, so Thönnnes.

Zum Ende des Gesprächs dankte der SPD-Abgeordnete seinen jungen Gästen für die anregende Diskussion und appellierte an sie sich politisch in Parteien, Vereinen und Verbänden zu engagieren: „Die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie ist viel-mehr vergleichbar mit einer Pflanze, die regelmäßig des frischen Wassers bedarf, um zu gedeihen. Einzig das politische aktive Mitwirken kann sicherstellen, dass sie nicht verwelkt. Das ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft und damit auch der jüngeren Generationen, wenn frische und neue Kraft in allen Parteien benötigt wird“, so Thönnnes.

Berlin - Darmstadt - Ammersbek - Henstedt-Ulzburg - Wahlstedt - Bad Segeberg - Bargteheide

Am Montag, den 24. April 2017 besuchte Franz Thönnnes den Dialog zwischen Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Publizisten sowie Zukunftsforscher, Matthias Horx in der Landesvertretung Hamburg in Berlin, bei dem es vorrangig um Fragen der künftigen Stadt- und Gesellschaftsentwicklung unter dem Aspekt der guten und perspektivischen Gestaltbarkeit der Verbesserung der Lebensbedingungen ging. Später ging es zur Pflegediskussion beim Parlamentarischen Abend des Arbeiter-Samariter-Bundes. Dienstag veranstaltete das Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS) eine Podiumsdiskussion über die Reformbemühungen der Ukraine. Im Anschluss folgte ein Treffen der Deutsch-



Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
Centre for East European and International Studies

Nordischen-Parlamentariergruppe bei dem die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft in den nordischen Ländern erörtert wurden. Am Mittwoch diskutierte Thönnnes eine Stunde mit Schülern über tagesaktuelle Politik und die Bedeutung der Demokratie (Siehe Seite 3). Die Schulklasse der Jahrgangsstufe neun der Anne-Frank-Schule Bargteheide, besuchte auf Einladung des SPD-Politikers den Deutschen Bundestag. Abends war er beim politischen Stammtisch von dialog.ev, einer Vereinigung russischer und deutscher Ökonomen bei der die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen Thema waren. Nach der SPD-Landesgruppenrunde am Donnerstagmorgen folgte beim politischen Frühstück der Körber-Stiftung ein Dialog mit Senator Igor



Im Gespräch mit einer Klasse des 9. Jahrgangs der Anne-Frank-Schule in Bargteheide



Beim Politikerstammtisch von dialog.ev



Bei den Schlängenbader Gesprächen in Darmstadt

Morozov aus Moskau über die aktuellen Herausforderungen für die russische Außenpolitik. Zur Mittagszeit traf sich Franz Thönnnes mit der Girls'Day-Teilnehmerin aus seinem Wahlkreis, Paul Kratz (Siehe Seite 3). Die junge Genossin aus Bad Oldesloe war auf Einladung des Abgeordneten nach Berlin gekommen, um den Politikbetrieb mitzuerleben. Am späten Nachmittag reiste der Außenpolitiker nach Darmstadt, um dort bis Samstag an den 20. Schlängenbader Gesprächen zwischen russischen und deutschen außenpolitischen Experten zu internationalen Themen teilzunehmen. So befasste man sich dort mit den gegenwärtigen Herausforderungen liberaler Demokratien durch Rechtspopulismus, national verengte Außenpolitiken, derzeitigen Krisenregionen und den Beziehungen zwischen Russland, Europa und Deutschland.

Nach der Rückkehr im Norden am frühen Samstagmorgen unterstützte Franz Thönnies die Wahlkämpfer in Ammersbek und machte mit SPD-Landtagskandidat Stefan Weber Hausbesuche in Henstedt-Ulzburg. Dazwischen nahm er an Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum der Lebenshilfe e.V. Bad Segeberg und der Eröff-



Im Landtagswahlkampf in Ammersbek mit Rita Thönnies und Holger Lebmann



Hausbesuche in Henstedt-Ulzburg mit Stefan Weber

nung der neuen Kita „Im Stroom“ in Wahlstedt teil. In seinem Grußwort überbrachte er auch die besten Wünsche von Ulla Schmidt, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzende der Lebenshilfe e.V. Am Sonntag folgte die traditionelle Mai-Matinee der SPD Bad Segeberg bevor es am 1. Mai zur DGB-Demo und -Kundgebung nach Bargtheide ging.



(links) Jubiläum und Eröffnung der Kita „Im Stroom“ der Lebenshilfe Bad Segeberg in Wahlstedt mit Bärbel Schwarz und Martina Köhn; (rechts) SPD-Matinee in Bad Segeberg mit den Landtagskandidaten Cordula Schultz, Stefan Weber, dem Bundestagskandidaten Alexander Wagner und dem OV-Vorsitzenden Dirk Wehrmann



1. Mai-Demonstration und Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bargtheide mit SPD-Landtagskandidatin Susanne Danhier, SPD-MdL Tobias von Pein und SPD-Bundestagskandidat Alexander Wagner

Sozialwahl 2017 - Mitbestimmung ist gutes Recht!

Über 51 Millionen Beitragszahler und Rentempfänger entscheiden bei der Sozialwahl 2017 darüber, wer in den Verwaltungsräten und Versichertenparlamenten der Renten- und Krankenversicherung ihre Interessen vertritt. Den gewählten Repräsentanten kommt außerdem die Aufgabe zu, über die ordnungsgemäße Verwendung der Beitragsmittel mitzubestimmen und gegebenenfalls Entscheidungen der Versicherungsträger im Sinne der Versicherten zu korrigieren



Die gewählten Vertreter sind selbst Versicherte. Damit sind sie Experten in eigener Sache und nah bei den Menschen, deren Interessen sie wahrnehmen sollen. Die Mitsprache in der Sozialversicherung folgt damit dem Prinzip: Wer Beiträge einzahlt oder eingezahlt hat, der soll auch mitbestimmen.

„Dass Bürger sich ehrenamtlich in den Sozialversicherungen beteiligen und deren Verfassung sowie Entscheidungen entscheidend beeinflussen können, ist eine große Errungenschaft. Mitbestimmung ist ein gutes Recht. Davon Gebrauch zu machen, stärkt unsere Demokratie und bedeutet zugleich Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen“ so der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.

Die Sozialwahl ist eine reine Briefwahl. Die Wahlberechtigten der Versicherungen erhalten ihre Unterlagen im Zeitraum vom 25. April bis zum 11. Mai dieses Jahres automatisch per Post und können ihren Stimmzettel in den roten Briefumschlägen kostenlos bis zum 31. Mai 2017 zurücksenden. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die am 1. Januar 2017 das 16. Lebensjahr vollendet haben. Die Versicherten der BARMER bekommen ihre Wahlunterlagen Anfang September. Als Stichtag gilt für sie der 4. Oktober 2017. Wahlberechtigt sind hierbei alle Mitglieder, die am 1. Mai 2017 das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Deutscher Bürgerpreis 2017 - Regionale Zukunftsfragen im Mittelpunkt

SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnnes ruft zur Bewerbung um den Deutschen Bürgerpreis 2017 unter dem Motto „Vorausschauend engagiert: real, digital, kommunal“ auf.

Tag für Tag engagieren sich 31 Millionen Menschen freiwillig für das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland. Um ihnen für ihren gemeinnützigen Einsatz Anerkennung und Dank auszusprechen, wurde 2003 der Deutsche Bürgerpreis von der Initiative „für mich. für uns. für alle.“ ins Leben gerufen. Mit ihm wird jährlich herausragendes Engagement von Personen, Vereinen und Unternehmen in den Kategorien „U21“, „Alltagshelden“ und „Lebenswerk“ geehrt. Thönnnes: „Dies ist mit Sach- und Geldpreisen im Gesamtwert von rund 440.000 Euro die größte bundesweite Auslobung eines Preises für ehrenamtliches Engagement.“ In 2016 haben sich insgesamt 1684 Personen und Projekte beworben. Deutschlandweit verlieh die Initiative auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene 259 Bürgerpreise. Der Preis wird in diesem Jahr bereits zum 15. Mal vergeben. Ausgezeichnet werden Menschen, Vereine und Unternehmen, die sich mit sozialen oder gesellschaftlichen Initiativen für unser Gemeinwesen einsetzen und so die Zukunft ihrer Region auf innovative Weise mitgestalten.

„Viele Engagierte verbessern das Leben in ihrer Region nachhaltig. Sie stellen sich der Herausforderung des demografischen Wandels und fördern ein neues Zusammenleben der Generationen. Sie setzen sich für soziale Initiativen oder die regionale Infrastruktur ein. Sie erweitern das Bildungsangebot und ermöglichen reale genauso wie digitale Teilhabe. Wir brauchen eine Anerkennungskultur für Menschen, die sich ehrenamtlich für ihre Mitmenschen und fürs Gemeinwohl einsetzen. Mit der Verleihung des Bürgerpreises wird genau dies erreicht“, so der Parlamentarier weiter.

Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 30. Juni 2017. Die Bewerbungen nehmen zunächst an dem Wettbewerb für den lokalen bzw. regionalen Bürgerpreis teil. Die dabei ausgezeichneten Einsendungen qualifizieren sich dann für den nationalen Bürgerpreis. Bewerben kann man sich hier: www.deutscher-buergerpreis.de/bewerben

Impressum

Herausgeber: Franz Thönnnes / Redaktion: Franz Thönnnes, Moritz Schade
Redaktionsadresse: Berliner Büro, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mehr Informationen unter: www.thoennes.de / www.facebook.com/franzthoennes